



HESSISCHER LANDTAG

01. 09. 2026

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Queeres Leben schützen, Islamismus entschlossen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag ist zutiefst erschüttert über den grausamen Terroranschlag auf den Christopher-Street-Day in Berlin. Er trauert mit den Angehörigen der Getöteten, steht an der Seite der Verletzten und aller Betroffenen und zeigt seine uneingeschränkte Solidarität mit der queeren Community.
2. Der Landtag betont, dass der Schutz queeren Lebens in Hessen eine zentrale Aufgabe ist. Islamistischer Terror richtet sich gezielt gegen LSBT*IQ-Personen und ihre Rechte auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Doch auch Rechtsextremismus, antidemokratische Bewegungen und andere Formen von Hass bedrohen queere Menschen. Deshalb braucht es einen ganzheitlichen Ansatz. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Runden Tisch „Schutz queeren Lebens“ einzuberufen, um gemeinsam mit der queeren Community Maßnahmen zu entwickeln.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Zahl queerfeindlich motivierter Straftaten in Hessen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist. Queere Menschen müssen nicht nur besser vor Hass und Gewalt geschützt, sondern Betroffene müssen nach Straftaten verlässlich unterstützt und begleitet werden. Die in Hessen vorhandenen Unterstützungs- und Beratungsstellen für queere Menschen leisten hierbei unverzichtbare Arbeit. Für ihren Fortbestand ist die Finanzierung über den APAV essentiell. Sie muss angesichts der zunehmenden Zahl queerfeindlich motivierter Straftaten in Hessen dauerhaft abgesichert und perspektivisch ausgeweitet werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass der islamistische Anschlag auf den Berliner CSD vollumfänglich aufgeklärt werden muss. Es muss die Frage beantwortet werden, warum dieser Anschlag nicht verhindert werden konnte, obwohl der Täter bereits als islamistischer Gefährder galt und von Sicherheitsbehörden überwacht wurde. Die Erkenntnisse dieser Aufklärung müssen dazu genutzt werden, Sicherheitslücken endlich zu schließen und Präventionsmaßnahmen zu verbessern. Dabei müssen auch die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesbehörden sowie die Rolle sozialer Medien bei der Radikalisierung untersucht werden.
5. Der Landtag stellt sich entschlossen gegen jede Form des Islamismus. Islamistischer Terror ist eine der größten Gefahren für unser Land – er ist der Feind unserer Demokratie. Er verachtet alles, wofür unsere offene und liberale Gesellschaft steht. Er muss entschieden bekämpft werden. Die extreme und totalitäre Ideologie ist mit der Glaubenspraxis des Islams gänzlich unvereinbar und stellt zugleich eine Gefahr für die Religionsfreiheit dar. Unsere Demokratie, unser Rechtsstaat und unsere Sicherheitsbehörden müssen entschlossener sein, als ihre Feinde.
6. Der Landtag hält fest, dass die Sicherheitsbehörden der Bedrohungslage entsprechend personell bestens ausgestattet werden müssen. Die zielgerichtete Abwehr konkreter Gefahren sowie das Erkennen von sich im Netz radikalisierenden Personen müssen verbessert werden. Um diese Personen im Blick zu haben, braucht es eine passgenaue und engmaschige Überwachung. Die Landesregierung muss sicherstellen, dass hierfür ausreichend Personal und Ausstattung zur Verfügung steht. Auch bei IS-Rückkehrern braucht es eine lückenlose Erfassung, konsequente Überprüfung und enge Zusammenarbeit der zuständigen Behörden, damit kein sicherheitsrelevanter blinder Fleck entsteht.

7. Der Landtag hält fest, dass es kein Asyl für Islamisten geben darf. Die weit überwiegende Zahl an Geflüchteten, die seit 2015 nach Deutschland gekommen ist, ist friedlich, hat sich hier ein Leben aufgebaut und ist gut integriert. Migration und Islamismus müssen deswegen differenziert betrachtet werden. Die Anzahl an Geflüchteten ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Gleichzeitig ist die Zahl gewaltbereiter Straftäter und Menschen, die unser Grundgesetz mit Füßen treten, gestiegen. Das hat vielfältige und strukturelle Gründe. Klar ist aber, dass diese Menschen ihr Recht auf Asyl verwirkt haben.
8. Der Landtag stellt fest, dass die Radikalisierung über die Soziale Medien eine der akutesten Herausforderungen für die Gesellschaft, für die Politik und für die Sicherheitsbehörden ist. Deshalb müssen die Plattformbetreiber stärker dazu verpflichtet werden, Inhalte zu kontrollieren, zu löschen und anzuzeigen. Die Plattformen müssen schneller reglementiert werden. Besonders im Fokus von Terrorpropaganda und Gewaltverherrlichung stehen Plattformen wie Discord, Telegram und TikTok. Gegen TikTok wird das neue EU-Recht zu großen Onlineplattformen bereits erfolgreich eingesetzt. Für Telegram fordern wir ebenfalls die Einstufung als große Plattform und wirksame Strafen. Extremistische sowie islamistische Haltungen und Propaganda dürfen nicht länger normalisiert werden. Der Digital Services Act muss endlich konsequent umgesetzt werden.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zeitnah ein Demokratiefördergesetz vorzulegen, das langfristig die staatliche strukturelle Finanzierung von demokratischen Trägerschaften sicherstellt. Denn Prävention, Beratung und Deradikalisierungsprojekte sind wichtige Bausteine im Kampf gegen Extremismus. Neben der Weiterführung des Programms „Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ braucht es mehr präventive Angebote, die den Einstieg in den Islamismus verhindern sollen und sich gezielt an junge Menschen richten. Ebenso braucht es flächendeckend Aussteigerprojekte, Interventionen und Deradikalisierungsprojekte im Strafvollzug. Hier muss Bundesministerin Prien ihrer Ankündigung, den Ländern für diese Aufgaben mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, Taten folgen lassen.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die Medienkompetenz als einen weiteren wichtigen Baustein im Bereich der Online-Prävention auszubauen. Insbesondere Eltern, Lehrkräfte sowie Betreuer in Jugendeinrichtungen und Sportvereinen müssen für die Gefahren im Internet und den sozialen Medien weiter durch gezielte Fort- und Weiterbildungen sensibilisiert werden, um frühzeitig reagieren zu können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. September 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)